

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 3,00 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbeförderungsgebühren. Auslandsabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Ball und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Berliner Frauenstimme“, „Technik“, „Witz in die Küche“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung des 40 Pfennig. Kassenhefts 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends Wort 25 Pfennig (täglich zwei seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Größere Anzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme in Hauptgeschäftsstunden 2. wochentäglich von 9 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhofs 299-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. D. V. u. H. B. G. Depostenkasse, Jerusalemstr. 65/66.

Lebensmittel billiger!

Aber noch lange nicht um 8 Prozent!

Reichsernährungsminister Schiele hat gestern in einer Pressebesprechung Mitteilungen von den Ergebnissen gemacht, die die Reichsregierung in den Verhandlungen mit den Vertretern des Bäckers-, Fleischer- und Milchhändlergewerbes erzielt hat. Das Bäcker- und Milchhändlergewerbe und die Brotfabrikanten verpflichten sich danach, das Brot in Zukunft nur noch einheitlich nach Gewicht zu verkaufen. In Groß-Berlin wird das Einheitsgewicht für das Normalbrot zukünftig 1250 Gramm betragen statt bisher 1225 Gramm.

Bei gleichbleibender Qualität wird in Berlin der Preis für das Normalbrot ab Donnerstag, den 13. November, von 50 auf 46 Pfennig, also um 4 Pfennig herabgesetzt.

Der Deutsche Fleischerverband, eine Reichsorganisation, hat an die Verbandsmitglieder die Aufforderung gerichtet, die Spanne für Schweinefleisch um 5 Pfennig je Pfund zu senken. Der Bezirksverein Berlin wird entsprechend dieser Aufforderung

ab heute den Preis für Schweinefleisch um 5 Pfennig je Pfund herabsenken.

Der Beschluß gilt für den Bereich der 16 Berliner Fleischerinnungen. Verhandlungen mit den drei Berliner Milchhändlerverbänden haben dazu geführt, daß den Mitgliedern die Verringerung der Handelspreise von 12 auf 11 Pfennig nahegelegt wird.

was eine Verbilligung für den Liter Milch um 1 Pfennig bedeuten würde.

Die schnelle Verkündung der Verhandlungsergebnisse zur Preisentwertung durch die Reichsregierung unmittelbar nach dem die arbeitenden Massen tief aufwühlenden Berliner Metallschiedspruch hat für die Reichsregierung natürlich hohe Bedeutung. Für sie handelt es sich um politische Lebensmittelverbilligungen, mit denen der Beweis erbracht werden soll, daß sie es mit ihrem „Dunktim“ von Lohnsenkung und Preisentwertung wirklich ernst meint. Die Reichsregierung hat dazu allen Grund, denn sie muß darum bemüht sein, die in dem Metallschiedspruch liegende Beleidigung der wirtschaftlichen Vernunft durch eine Senkung der Lebensmittelpreise wiedergutzumachen.

Diese politische Bedeutung der Regierungsaktion macht das Ausmaß der Preisentwertungen und die Frage, ob und wie ihre Durchführung im ganzen Reich gesichert wird, bedeutungsvoll. Die Preisverbilligung um 4 Pfennig ist äußerlich beträchtlich, betrifft aber

doch nur einen relativ kleinen Teil der Ausgaben im Massenhaushalt. Von der Fleischverbilligung wird nur das Schweinefleisch, nicht aber das Rind-, Kalb- und Hammelfleisch betroffen, ebenso nicht die Wurst- und Räucherwaren. Auch hier schlägt also die an sich schon geringe Fleischverbilligung im Ausgabenbuch der Hausfrau kaum zu Buch. Die Milchverbilligung um 1 Pfennig ist bei den bekannten hohen Milchpreisspannen absolut ungenügend. Sehr ernst ist die Frage, wie sie in ihrer Bedeutung von der Regierung viel zu wenig gewürdigt zu werden, welche Garantien für die Durchführung in Berlin und im Reich gegeben sind. Beim Brot hofft man auf die Mitarbeit der Oberbürgermeister der großen Städte; deren Machtvollkommenheiten sind aber sehr begrenzt. Bei Brot und Fleisch scheint keine andere Kontrolle gegeben zu sein als die der örtlichen Innungen, d. h. der Interessenten selbst. Das ist sehr bedenklich und mutet den Käufern eine Kontrolle zu, die von diesen kaum ausgeübt werden kann. Für Kartoffeln ist von der Regierung offenbar überhaupt noch nichts erreicht worden.

Die Regierung hat sich nicht darüber ausgesprochen, ob die Interessenten die Preisentwertungen von Bedingungen abhängig gemacht haben. Mindestens bei den Fleischern scheint es so zu sein. Diese erklären den Preisabfall für Schweinefleisch als eine Vorleistung, die nur aufrechterhalten wird, wenn Reichsregierung und Gemeinden die auf der ganzen Linie zugesagten Abbaumaßnahmen auch durchführen. Für die Fleischer heißt das ganz offenbar, daß sie die Hilfe der Reichsregierung auch für eine Lohnsenkung erwarten. Solche Klauseln scheinen uns höchst verwerflich. Von der Reichsregierung ist zu verlangen, daß sie sich klar darüber ausspricht, was sie hier und auch auf anderen Gebieten den Interessenten versprochen hat.

Immerhin hat die Regierung einen Anfang gemacht. Wir warten ab, wie dieser Anfang durchgeführt wird und was diesem Anfang folgt. Bisher hat es auf dem Gebiet der Lebensmittel keinen anderen Preisregulator nach unten gegeben als die Konsumvereine. Überall in Deutschland haben die Konsumvereine in der Vergangenheit schon, wo sie nur ihr Brot, ihr Fleisch und ihre Teigwaren vertrieben, den privaten Lebensmittelhandel gezwungen, mit seinen Preisen den Konsumvereinspreisen zu folgen. Es wird für die Konsumvereine selbstverständlich sein, daß sie der Reichsregierung und dem Privathandel beweisen, daß sie weiterhin als Preisregulatoren nach unten auch nach der Zeitgenossen von der Reichsregierung verführten Lebensmittelverbilligung tätig sein werden!

Schiedspruch und Preisabbau.

Die Krisenpolitik der Reichsregierung.

Daß der Metallschiedspruch die größte Empörung bei den von ihm unmittelbar betroffenen Arbeitern hervorgerufen hat, ist selbstverständlich. Diese Empörung ist auch völlig berechtigt. Die eminent große Bedeutung dieses Schiedspruches besteht aber auch darin, daß sich seine Wirkung weit über die Grenzen der Berliner Metallindustrie zu verbreiten droht. Darin liegt nicht nur eine große sozialpolitische, sondern auch eine ganz gewaltige wirtschaftliche Gefahr.

Die Urheber des Schiedspruches waren sich selbstverständlich klar darüber, daß ihr Spruch auf die gesamte Arbeitererschaft nicht beruhigend, sondern geradezu provozierend wirken muß. Sie glaubten aber, diese Wirkung in Kauf nehmen zu müssen, damit andere Wirkungen erzielt werden könnten. Durch den Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie soll endlich eine letzte und entschiedene Preisabbauaktion eingeleitet werden. Daß man für eine solche Aktion einen 8prozentigen Lohnabbau bei den Berliner Metallarbeitern braucht, kann natürlich kein Mensch plausibel machen. Wir wollen hier aber unterstellen, daß Herr Brauns an diese Verbindung, an ein „Dunktim“ dieser Art, um das beim Zentrum so beliebte Wort zu gebrauchen, wirklich glaubt. Dann erscheint der Schiedspruch als Fortsetzung einer verfehlten Politik, die schon sehr großen wirtschaftlichen Schaden angerichtet hat.

Die Senkung der Preise ist eine bei jeder Krise absolut unvermeidliche und notwendige Erscheinung. Die Überwindung der Krise, die Anurbelung der Konjunkturbesserung ist schlechthin unmöglich, bevor sich der Preisabbau vollzogen hat. Dieser Preisabbau geschah immer und geschieht jetzt in anderen Ländern, zum Teil auch in Deutschland, unter dem unmittelbaren Druck des Marktes: die Waren müssen billiger werden, da sie zu den alten Preisen nicht mehr verkauft werden können. Dieser notwendige Vorgang wurde bei uns durch die verschiedenartige Bindung der Preise, also durch den organisierten Widerstand gegen eine notwendige wirtschaftliche Entwicklung gehemmt. Deshalb war der Gedanke an sich richtig, daß die Regierung nicht die Entwicklung der Preise ihrem „natürlichen“, d. h. in diesem Falle sehr stark künstlich beeinflussten Lauf überlassen, sondern gegen alle Preisbindungen, die sich wirtschaftlich schädlich auswirken, vorgehen soll.

Bevor aber etwas in dieser Richtung geschah, hat die Reichsregierung im Zusammenhang mit dem Dönhofsener Schiedspruch geradezu eine Aktion gegen den Preisabbau eingeleitet. Sie hat trotz ihrer anders lautenden Erklärungen, die von niemandem für bare Münze gehalten wurden, faktisch die Unternehmer von dem Preisabbau abgehalten. Wenn die Regierung zu verstehen gibt, daß der Preisabbau mit dem Lohnabbau verbunden werden soll, so ist es schon bombastischer, daß die Unternehmer dieses „Dunktim“ mit Begeisterung aufnehmen. Warum sollen sie aus eigener Kraft Preise senken, wenn sie als Entgelt für den Preisabbau die Unterstützung der Regierung bei dem Lohnabbau erwarten dürfen? Auf diese Weise ist doch direkt eine Behinderung für die Hochhaltung der Preise versprochen worden. Und die Wirkung dieses Versprechens ist nicht ausgeblieben, die Regierung hat mit ihrer Aktion gegen den Preisabbau einen Erfolg gehabt.

Die Ankündigung des Preisabbaues, der keine Bewirtlichung folgte, hat wirtschaftlich geradezu verheerend gewirkt. Die Folge war, daß man überhaupt nach Möglichkeit mit Ankäufen und Aufträgen wartete, bis die Preise wirklich gesunken sind. Wer wird heute kaufen, wenn man ihm versichert, daß er morgen viel billiger kaufen kann? Nach der Aufhebung des Reichstags hat zwar die Reichsregierung so getan, als ob es ihr mit dem Preisabbau ernst ist, hat aber dann die eigene Notverordnung gründlich sabotiert. Erst der Ausbruch des Berliner Metallarbeiterstreiks hat bewirkt, daß die Reichsregierung sich endlich gezwungen sah, etwas auf dem Gebiete des Preisabbaues zu unternehmen.

Nun betrachtet die Reichsregierung immer noch einen Lohnabbau als Voraussetzung für den Preisabbau, und dieser Auffassung entspricht, was gewiß kein Zufall ist, auch der letzte Schiedspruch. Es wird dabei nicht nur völlig übersehen, daß sich die außerordentlich starke Verbilligung der eingeführten Rohstoffe nur sehr unvollkommen in den Preisen für deutsche Fertigerwaren ausgewirkt hat, sondern es wird auch die eigentliche Bedeutung des Preisabbaues während der Krise, seine Funktion vom Standpunkt der Anurbelung der Konjunktur, völlig verkannt.

Warum bewirkt die Preisentwertung die Belebung der Wirtschaft? Weil die reale Kaufkraft der Konsumenten größer

Das endgültige Ergebnis.

Schober kandidiert als Bundespräsident.

Wien, 10. November. (Eigenbericht.)

In den ersten Nachmittagsstunden bestand vorübergehend die Hoffnung, daß die Sozialdemokratie ihren Besitzstand nicht nur um ein, sondern um zwei Mandate erhöht haben könnte. Die späteren, nunmehr wohl endgültigen Berechnungen haben aber die Richtigkeit der zuerst gemeldeten Ziffern bestätigt. Es bleibt also bei folgenden Zahlen:

Sozialdemokraten	72	(bisher 71 Mandate)
Christlich-Soziale	66	(bisher 73 Mandate)
Heimwehr	8	
Schober-Block	19	(bisher 12 Großdeutsche und 9 Landbündler)

Das Wiener „Weltblatt“, das Organ Kunschaks, das heißt des gemäßigten christlich-sozialen Flügels, läßt deutlich den Kerger der christlich-sozialen Kreise über das Ergebnis des Experiments Vaugoinis und Starhembergs erkennen. Es teilt für eine Revision der christlich-sozialen Taktik ein und kündigt bereits Verhandlungen zwischen den Christlich-Sozialen und dem früheren Bundeskanzler Schober an. Vaugoinis persönliches Verhalten hat durch den Wahlausfall so stark gelitten, daß seine Lage als Bundeskanzler gefährdet sein dürfte. Selpet wird sich trotz der tiefen gegenseitigen Abneigung, die ihn von Schober trennt, mit diesem zusammenfinden müssen. Freilich liegt die Schwierigkeit darin, daß

in spätestens drei Monaten eine neue Bundespräsidentenwahl durch das Volk stattfindet.

Niklas' Aussichten, wiedergewählt zu werden, sind sehr gering, und Schober hat den Ehrgeiz, sein Nachfolger zu werden.

Deshalb kommt er als Führer oder als Mitglied des neuen Koalitionskabinetts kaum in Betracht, jedenfalls nicht auf längere Zeit. Auch darin liegt eine Schwierigkeit der Kabinettsbildung.

Die Stimmzahlen.

Das vorläufige Gesamtergebnis der abgegebenen Stimmen lautet:

Sozialdemokraten	1.517.603	(1927: 1.539.088)
Christlich-Soziale	1.303.608	(1927: Einheitsliste 1.756.761)
Heimatschutz	228.338	
Schober-Block	449.425	*
Hitler-Bewegung	108.445	(1927: 28.000)
Kommunisten	20.879	(16.181)
Demokraten	6.719	(—)
Jonisten	2.134	(10.717)
Aufwärtler	12.630	(—)

* In 1927 kandidierten die Großdeutschen auf der Einheitsliste; der Bundestag erhielt mit getrennten Listen 299.977 Stimmen.

Die Zahl der ausgesprochen sozialistisch-putschistischen Stimmen, Heimwehr und Nationalsozialisten, beträgt also nur rund 340.000. Vergleiche mit 1927 sind nicht nur deshalb schwierig, weil neue Konstellationen und Parteien sich diesmal gebildet hatten, sondern auch, weil bei der letzten Verfassungsänderung das Wahlalter auf 21 Jahre erhöht worden war. Indessen hat sich die Zahl der Wähler infolge der Bevölkerungszunahme kaum gegenüber 1927 geändert.

Höchstdienstzeit angenommen.

Aber wie hoch wird sie festgesetzt werden?

Genf, 10. November. (Eigenbericht.)

Zur allgemeinen Überraschung hat die Vorbereitende Abfertigungskommission nach stundenlangem hitziger Debatte fast einstimmig eine ziemlich brauchbare Formel für die Festsetzung der Dienstzeit des jährlichen Rekrutenkontingents aller Waffengattungen in Staaten mit allgemeiner Dienstpflicht angenommen. Wenn man bedenkt, daß vor 1 1/2 Jahren keine Einigung über den Text der ersten Fassung des betreffenden Artikels im Konventionentwurf erzielt werden konnte und daß schon am Samstag voriger Woche die Mehrheit den ganzen Artikel für die zweite Lesung streichen wollte, so ist ein bescheidener Erfolg der Konferenz unverkennbar.

Drei Fragen bilden den Kern des heftigen Streites. Soll man eine für alle Staaten gleiche Höchstdienstzeit des jährlichen Rekrutenkontingents festlegen oder soll man die Höchstdienstzeit nach den Bedürfnissen und tatsächlichen Verhältnissen der einzelnen Staaten abstimmen? Soll man darüber hinaus endlich bei der Annahme der einen oder anderen Lösung wiederum die Zeit oder verbleibende Längen der aktiven Dienstzeit der einzelnen Waffengattungen differenzieren oder vereinheitlichen?

Glänzend verfocht u. a. der Grieche Politis noch einmal die zutreffende Ansicht der Landmächte, daß die allgemeine Höchstdienstzeit zu hoch ausfallen müsse, weshalb die nach Ländern spezialisierte Höchstzeit der ersten Lesung doch die wirksamere Lösung sei. Lord Cecil war gegenständlicher Ansicht, und merkwürdigerweise verkündete plötzlich auch Litwinoff, daß die Kommissionsdelegation nun ebenfalls für die Festsetzung einer Gesamthöchstdienstzeit sei. Rassist, Frankreich und Sato-Japan wünschten an Hand von Darstellungen der Verhältnisse in ihren eigenen Ländern außer der spezialisierten Höchstdienstzeit auch noch die Differenzierung in Höchstdienstzeiten für die verschiedenen Waffengattungen. Außer Sato beteiligten sich alle anderen Delegationen lebhaft an diesem Kampfe, bis endlich die Vorliegende Saudan-Holland vorzuschlag, zuerst abzustimmen über den ersten Absatz des Artikels I mit den Änderungen, daß die Gesamtdienstzeit der abjährlich Eingezogenen in jedem wehrpflichtigen Staat für Land-, See- und Luftstreitkräfte nicht die von den einzelnen Staaten angenommenen Höchstziffern überschreiten dürfen. Hierfür erhoben sich 19 Delegationen, während Deutschland und Rußland sich der Stimme enthielten. Nach weiterer Debatte wurde mit sieben gegen sechs Stimmen der Vorschlag Englands noch hinzugefügt, daß in keinem Falle die Höchstziffer einer Dienstzeit eine noch zu bestimmende Anzahl von Monaten überschreiten darf.

Nach der vorangegangenen Festsetzung differenzierter Dienstzeiten hat diese Hinzufügung keine praktische Bedeutung mehr, da die meisten Staaten schon unter dem zu erwartenden Maximum liegen. Aber das Ergebnis des heutigen Tages läßt die Tür offen für alle folgenden Verhandlungen, so daß wenigstens in der Dienstzeitfrage Erfolge zu erwarten sind.

Gemeindewahlen in Oldenburg.

Sozialdemokratische Verluste.

Oldenburg, 10. Oktober.

Am Sonntag fanden im Freistaat Oldenburg die Gemeinderatswahlen statt. In Oldenburg-Stadt, Delmenhorst und Rüstringen hatten die Wahlen folgendes Ergebnis:

Stadt Oldenburg: Soz. 4520 (6776), 7 (10); Nat.-Soz. 10 086 (8522), 15 (1); Komm. 1672 (2888), 2 (2); Dnat. 2195 (1747), 3 (4); Arbeitsg. 2613 (—), 4 (11); Wirtschaftg. 1521 (—), 3 (3); Dem. 1768 (—), 3 (8); Steuerzahlerschutz 573 (—), 1 (3). Die Deutschnationalen waren bei der vorigen Gemeinderatswahl mit anderen Parteien zusammengelassen.

Delmenhorst: Soz. 4450 (5332), 10 (16); Nat.-Soz. 2556 (2888), 6 (—); Komm. 1397 (1754), 3 (1); Bürgerliche Einheitsliste 4913 (—), 11 (15). Die Bürgerliche Einheitsliste umfaßt alle Mittelparteien, die bei der Reichstagswahl mit eigenen Listen aufgetreten waren.

Rüstringen: Soz. 10 762 (13 519), 13 (16); Nat.-Soz. 6306 (5369), 8 (1); Komm. 1730 (2104), 2 (1); Bürgerliche Front 2763 (3203), 3 (—); Zentrum 503 (592), — (—).

Die Zahlen in Klammern bedeuten die bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen bzw. die in der letzten Gemeinderatswahl innegehabten Sitze.

Niederlage der Terrorregierung.

Gemeinde- und Kreiswahlen in Bulgarien.

Sofia, 10. November. (Eigenbericht.)

Die beiden letzten Sonntage waren in Bulgarien Wahltage. Am vorletzten Sonntag fanden in zahlreichen Dörfern und Städten Gemeindewahlen und gestern im ganzen Lande Kreiswahlen statt.

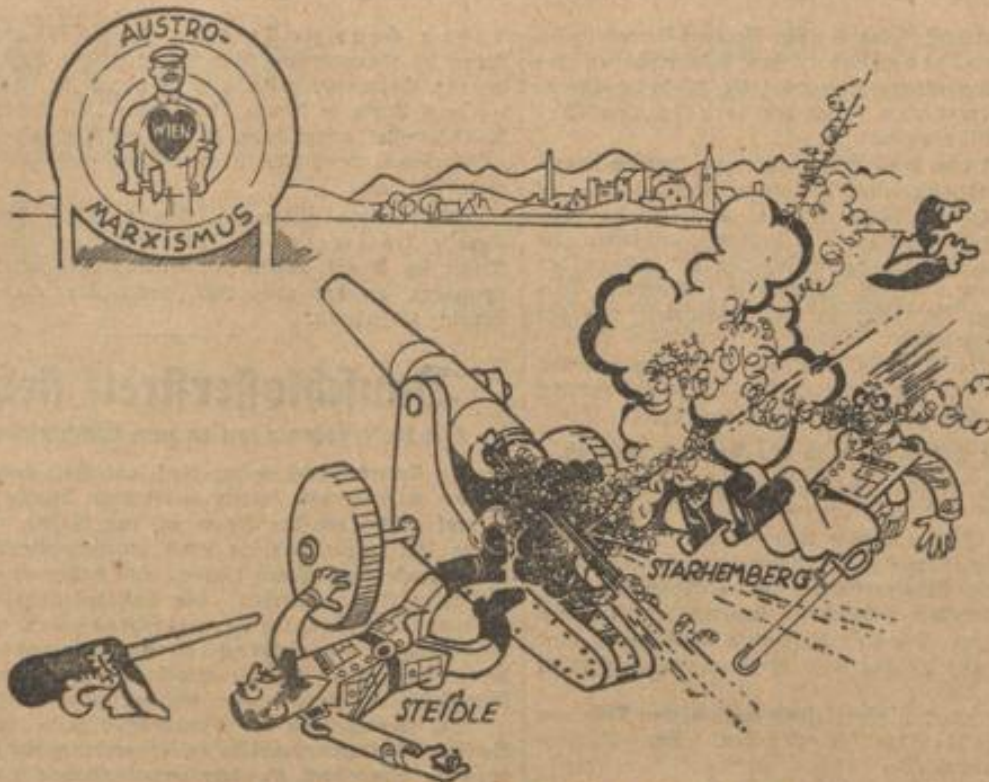
Das Ergebnis der Gemeindewahlen, das der Regierung 60 Proz. aller Stimmen sicherte, war durchaus nicht überraschend. „Wir wollen davon Abstand nehmen“, erklärte der sozialistische „Narod“, „die fassom bekannte Wahlstatistik des Innenministeriums nachzusehen, stellen aber mit der übrigen Opposition fest, daß jene 60 Proz. Stimmen, die der Sgawor „erobert“ hat, nicht sein Sieg sind, sondern der Sieg des Systems des blutigen Terrors, wie die schweren Verhandlungen, Massenverhaftungen und wilden Einschüchterungsversuche der Bevölkerung durch die Polizei gezeigt haben.“

Bei den gestrigen Kreiswahlen erlitt die Regierungspartei unerwartet eine schwere Niederlage, besonders in den Städten, wo der Wahlterror weniger wirksam ist. In Sofia erhielt der Sgawor von 46 000 nur 9000 Stimmen. Die Opposition eroberte insgesamt 60 Proz. aller Stimmen gegen etwa 50 Proz. bei den Vorwahlen. Großen Stimmengewinn verbuchen die Rechtsradikalen, Nationalliberalen und Kommunisten, die ihre Mandate fast verdoppelten. Die Sozialisten haben selbständig kämpfend ebenfalls beträchtliche Gewinne zu verzeichnen, besonders in Sofia und den südbulgarischen Industriestädten. Dem Wahlergebnis kommt erhöhte Bedeutung zu, da sie ein Stimmungsbild für die Sobranjewahlen im Frühjahr sind.

Die Ausschüsse des Reichsrats trafen am Montag in die Staatsberatung ein. Erledigt wurden bisher die Etats der Reichsanleihe, des Reichspräsidenten, des Reichswirtschaftsministeriums, Reichsjustizministeriums, des Reichstages, des Reichsfinanzministeriums, der Verfassungsgesetz, der Etat des Reichsparteieministers, der Reichsschuld und des Reichsinnenministeriums.

Das große Heimweherschießen.

Zu den österreichischen Wahlen vom 9. November.



Schuß ist hinten hinausgegangen!

Kunstprodukt als Staatspartei.

Gründungsparteitag in Hannover. — Außenpolitische Schwentung nach rechts.

Hannover, 10. November.

Nachdem die Deutsche Demokratische Partei am Sonnabend ihre Auflösung beschlossen hat, fand am Sonntag in der Stadthalle in Hannover unter dem Vorsitz des Finanzministers Dr. Höpfer-Ulshoff der Gründungsparteitag der „Deutschen Staatspartei“ statt. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich umriß die Aufgaben der neuen Partei. Im gegenwärtigen Reichstag sei zwar eine Mehrheit für den Staat und seine Verfassung, nicht aber für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung vorhanden. Die Staatspartei könne sich weder mit der Wirtschaftspartei verbinden, die lediglich eigenste Interessen durchsetzen wolle, noch mit der Volkspartei, die den Kampf gegen die abhängigen Schichten führe. Der Minister wandte sich dann in scharfen Worten gegen die Entartung der Meinungs- und Pressefreiheit, die Disziplinlosigkeit der Presse habe dazu geführt, daß jedes Bewußtsein von Recht und Unrecht im Volke zerstört werde. Schließlich sah Dr. Dietrich die Ziele der Deutschen Staatspartei wie folgt zusammen: Die Deutsche Staatspartei will die Partei des heutigen Staates sein. Sie steht weder links noch rechts. Sie zieht einen scharfen Strich gegen die Parteien, die den Sozialismus wollen und gegen die, welche die Republik bekämpfen. Sie will sozialen Ausgleich und Zusammenarbeit aller Stände, Befämpfung der Massenengegensehne auf der ganzen Linie.

Der Jungvolksparteiler Abg. Dr. Wünsch betonte, die junge Generation in der Staatspartei wolle keine mechanische Fortsetzung der alten demokratischen Partei. Republik und nationaler Gedanke seien noch nicht zu genügender Durchdringung gekommen!

In der Schlußsitzung am Sonntagmorgen wurde zur Beschlußfassung über die Satzungen geschritten und dem vorliegenden Entwurf zugestimmt, nachdem als Name der Partei die Bezeichnung „Deutsche Staatspartei“ nahezu einstimmig angenommen worden war. Bei der Wahl des geschäftsführenden Vorstandes wurde zum 1. Vorsitzenden mit allen gegen 22 Stimmen Reichsfinanzminister Hermann Dietrich gewählt.

Professor Dr. Erich Ditt-Hannover sprach anschließend über das außenpolitische Programm der Deutschen Staatspartei. Gerade zum Wesen der jüngeren Generation gehöre es, bei aller Wertung der furchtbaren wirtschaftlichen Not eins nach höher zu stellen, eins zum Ausgangspunkt der gesamten Politik machen: die deutsche Ehre. Letzten Endes werde sich auch der Druck der unerträglichen wirtschaftlichen Not nur beheben lassen, wenn an die Spitze des außenpolitischen Programms der Deutschen Staatspartei gestellt werde der selbstbewusste Kampf gegen den Vorwurf der Ehrlosigkeit, für offizielle Zurücknahme der Lüge von der Kleinschuld Deutschlands am Weltkrieg

durch entsprechende Rollen der einseitigen alliierten und assoziierten Regierungen. Sollte einmal der Staatspartei die amtliche Leitung der deutschen Außenpolitik zufallen, so möge man gewiß sein, daß ihr das Ziel der Beseitigung der Kriegsschuldfrage über alles gehen werde, selbst wenn darunter die altehrwürdige Wehrform der Vorkriegsdiplomatie einmal leiden sollte. Weil unsere Ehre auf dem Spiele stehe und unantastbares Recht schände gebrochen wurde, sei zu fordern: Rückerstattung sämtlicher deutscher Schutzgebiete in Uebersee. Genugtuung für die in Versailles geschmähte Ehre und den dort begangenen Rechtsbruch blüde die Dominanz einer aktiven deutschen Außenpolitik. Ihr seien einige weitere Forderungen unterzuordnen, wie der Kampf gegen die deutsche Wehrlosigkeit, für gleiche allgemeine Abrüstung, oder falls dieses Ziel nicht sofort zu erreichen sein sollte, für eine deutsche Abrüstungsfreiheit. Als weitere Forderungen stellte der Redner auf:

Schluß mit der wirtschaftlichen Ausplünderung Deutschlands, Grundfähliche Befreiung jedweder Reparationsverpflichtung; dafür Neufestlegung der insgesamt an Amerika zu zahlenden reinen Kriegsschulden und Aufteilung dieser finanziellen Schuld unter alle am Weltkrieg beteiligten Staaten. Bezüglich des deutschen Ostens stellte er folgende Forderungen: a) Rückgabe des Weichselkorridors an Deutschland. b) Rückgabe des Memelgebietes. c) Neue und endgültige Festlegung der deutsch-polnischen Grenze von Westpreußen bis hin nach Oberschlesien. Dies außenpolitische Programm, das einem all-deutschen Kongreß alle Ehre machen würde, fand stürmische Zustimmung. Freiherr von Rheinbaben sprach dem Redner logar den Dank des Parteitages aus...

Protest der „Unabhängigen Demokraten“.

Die Vereinigung unabhängiger Demokraten gibt eine Erklärung heraus, die besagt: Die Deutsche Demokratische Partei ist ruhmlos entfallen. Die Deutsche Staatspartei hat das Erbe angetreten. Die Führer sind geblieben. Nichts hat sich geändert. In einem Augenblick, in dem Millionen hungern und vor Sorge vergehen, verkünden die Führer der Deutschen Staatspartei den Grundgedanken der Heiligkeit des Privateigentums und bekennen sich pathetisch zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung ohne jede Einschränkung. Auch wir halten an Privateigentum fest. Wir lehnen es aber ab, mit dieser Forderung die rückwärtslosen Nachkriegspraktiken der heutigen kapitalistischen Wirtschaft zu bedenken. Wir sind für die soziale, gegen die plutokratische Republik.

Die Erklärung schließt mit einem Aufruf zur Schaffung einer „neuen Linken“.

Hoersch bei Briand.

Briand informiert sich über Deutschland.

Paris, 10. November. (Eigenbericht.)

Der deutsche Botschafter von Hoersch hatte am Montag eine längere Unterredung mit Außenminister Briand. Seinem Besuch sind mehrere Zusprachen mit den verschiedensten amtlichen Persönlichkeiten vorangegangen. Worauf sich die Unterhaltung bezog, wird von beiden Seiten streng geheim gehalten. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen zu wissen, daß Briand den Wunsch gehabt habe, sich mit dem Botschafter über die augenblickliche Lage in Deutschland und die akuten Probleme der deutschen Außenpolitik zu unterhalten, im Hinblick auf die große Rede, die er am kommenden Freitag im Rahmen der Interpellationsdebatte in der Kammer zu halten beabsichtigt.

Investment-Trust unter Staatskontrolle.

Paris, 10. November. (Eigenbericht.)

Zur Lösung der Dufresne-Krise hat der Finanzminister Renaud der Regierung in ihrem Ministerrat am Montag nichts Besseres vorzuschlagen gewußt, als zwei Gesetzentwürfe über die Reglementierung der Holding-Gesellschaften und den Schutz der Obligationäre. Holding-Gesellschaften und Investment-Trusts, von denen es in Frankreich nur sehr wenige gibt, sollen künftig unter

Staatsaufsicht gestellt werden. Ähnliche Bemühungen sind schon früher verschiedentlich vorgenommen worden, sie scheiterten aber alle an der Unmöglichkeit, eine genaue juristisch verwendbare Begriffsbestimmung für diese beiden modernen Erscheinungen des kapitalistischen Systems zu finden. Das zweite Projekt Renauds will Inhabern von Industrieobligationen ein gewisses Mitbestimmungsrecht ähnlich dem der Aktionäre einräumen.

Stalin reinigt weiter.

Die Ausmerzung der Rykow-Anhänger aus der Sowjetregierung.

Nach amtlichen Moskauer Meldungen ist der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Ordzhonikidze, seines Postens enthoben und an Stelle von Kulbischew zum Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates ernannt worden. Kulbischew übernahm den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare. Auch der Vorsitzende des Hauptplanwirtschaftsausschusses, Krzyzjanowski, ist seines Postens enthoben worden.

Die neuen Veränderungen zeigen, daß Stalin entschlossen ist, alle Anhänger Rykows aus ihren Ämtern zu entfernen. Krzyzjanowski hat bei der Durchführung des Fünf-Jahres-Planes eine wichtige Rolle gespielt.

Wintergarten.

Das Programmprogramm des Wintergartens enthält mehrere ganz ausgezeichnete Nummern von ungewöhnlicher artistischer Höhe. Was die zwei Athenas gemessenmaßen im Zeitlupe...

Vortragsabend über die deutsche Geschichte seit dem Weltkrieg vor Wedding Arbeiter. Am Lyzeum Böttger, Ede Panstraße...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Zusammenkunft der Berufslehrevereine und Gewerkschaften am Freitag, dem 14. November, 1914 Uhr, im Saal des...

Zentraler Vortragsabend: Bildungsvereine der Jugendbewegung. Freitag, 17. November, 1914 Uhr, im Saal des...

heute, Dienstag, 11. November, 1914 Uhr: Kassenplatz: Schul- und Arbeitervereine, 19. Berliner...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

11. Kreis Neukölln, heute, Dienstag, 11. November, 19 Uhr, Helldorfer...

Mitgliederversammlungen und Zahlabende

morgen, Mittwoch, 12. November, in nachstehenden Lokalen: 1. WM, 19 1/2 Uhr im Hochhaus...

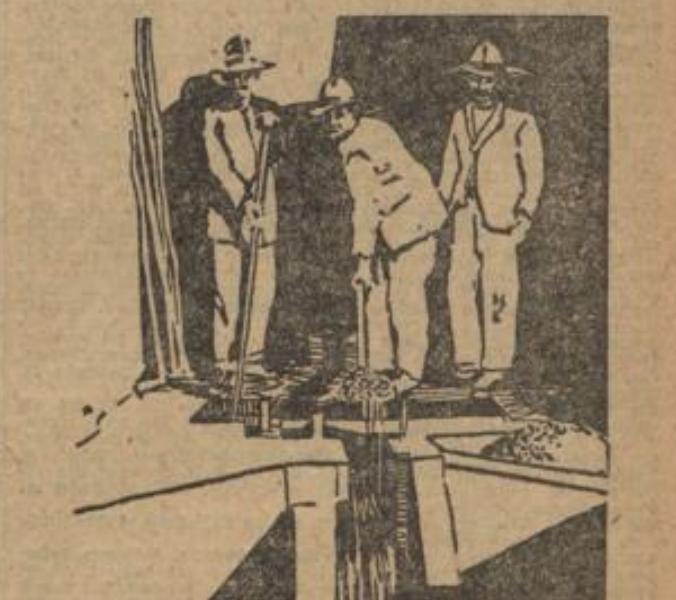
- 4. WM, 19 1/2 Uhr bei Hans, Berliner-Opern-Str. 24. Thema: Warum...
- 5. WM, 19 1/2 Uhr im Felsenkeller, bei...
- 6. WM, 19 1/2 Uhr bei...

Funkwinkel

Der Sonntag brachte in der Jugendstunde eine interessante Veranstaltung unter dem Titel 'Feuerwehr'. Ein Jugendleben...

Am Montagabend überträgt der Berliner Sender deutsche Stationen. Er nennt diese Veranstaltung 'Eine akustische Rundreise'...

- und Reinholdung Referent: Bruno Jansen. Bei...
- 23. WM, 19 1/2 Uhr im...
- 24. WM, 19 1/2 Uhr im...



Kanäle schwemmen den Kaffee zu den Aufbereitungsplätzen

Das Fruchtfleisch der Kaffeekirschen wird entfernt und der Kaffee getrocknet, verlesen, eingesiebt. Unter den vielen Millionen Sack Kaffee...

Husten Sie? dann Reichels Hustentropfen. Flasche Mk. 0.80 und 1.50, in Apotheken und Drogerien...

OB Du jöhst 3.000 RM odne 30.000 RM wurdinnu. Sie brauchen zur Sicherstellung Ihrer Familie, aber auch als finanziellen Rückhalt für sich selber eine ausreichende Lebensversicherung...

Reifeprüfung für die Nazis.

Deutsche Universitätsprofessoren stellen Prüfungsfragen.

Die bekannten Nationalökonom Professor Heinrich Hertner, Berlin, Professor Christian Eckert, Köln und Professor Götz Brief, Berlin haben unter Bezugnahme auf die dem Reichstag vorgelegten wirtschaftspolitischen Anträge der Nationalsozialistischen Partei die folgende Offene Anfrage an die nationalsozialistische Reichstagsfraktion gerichtet:

1. Brechung der Zinsknechtschaft

Durch Einschränkung des Zinsfußes auf 4 Proz. zuzüglich einer Amortisationsrate von 1 Proz., Tilgung der Schuld nach spätestens 50 Jahren.

Die Begrenzung des Zinsfußes auf 4 Proz. würde die Sparkassen, Banken usw. zwingen, höchstens 2 1/2 Proz. auf Einlagen zu vergüten, da ja die Kosten der Verwaltung und Risikoprämien nicht vernachlässigt werden dürfen.

Wodurch soll nun vermieden werden, daß die Einkommen der kleinen Sparer und der Rentner zugunsten der Schuldner — unter denen sich ja auch große Unternehmer befinden — konfisziert werden?

Wodurch soll es verhindert werden, daß bei einer Begrenzung des Zinsfußes auf 4 Proz. die Lebensversicherungsanstalten genötigt werden, ihre Tarife zu ändern und die den Versicherten versprochenen Renten vielleicht bis zu 50 Proz. zu kürzen?

Wie soll die Schwächung der Finanzkraft unserer Sozialversicherungsinstitute, soweit sie auf Zinsinnahmen ruht, ausgeglichen werden?

Wie wäre es zu vermeiden, daß künftighin nicht jeder Gewerbetreibende und Kaufmann auf Grund seiner Vertrauenswürdigkeit und seines Geschäftsganges bei einem Kreditinstitut Kredit finden würde, sondern daß er — bei der raschen Steigerung der Kreditnachfrage infolge Senkung des Zinsfußes — von der Gnade oder der Wohlmeinung des Geldgebers völlig abhängig wäre?

Soll dieser Zinsfuß von 4 Proz. auch gegenüber Auslandsanleihen gelten? Sollen alle laufenden Auslandsanleihen gekündigt und auf 4 Proz. konvertiert werden, und welche Maßnahmen sind vorgezogen, wenn die Gläubiger Rückzahlung des darlehens Kredits vorziehen? Soll das Gesetz nur gegenüber deutschen Gläubigern, also deutschen Sparern gelten, nicht aber gegenüber ausländischen?

Welche Mittel sind in diesem Falle in Aussicht genommen, um die Abwanderung deutschen Kapitals ins Ausland zum Zweck der Erzielung einer höheren Verzinsung — eventuell in

der Form ausländischer Anleihen in Deutschland selbst — zu verhindern?

Wie soll den Wirkungen einer solchen Kapitalflucht begegnet werden, die um so größer sein müßte, als dieser Umweg dem deutschen Sparer — auch dem Kleinsten — nicht nur größere Sicherheit, sondern auch weit höhere Verzinsung bringen würde, während gegenwärtig der hohe Zins in Deutschland das Geld im Lande hält?

2. Verbot des Börsenhandels mit Effekten.

Wie soll bei einem Verbot des Börsenhandels die Gründung neuer Aktiengesellschaften, die Auslegung neuer Aktien bei bestehenden Gesellschaften, d. h. die Geldbeschaffung für die Industrie in den modernen Rechtsformen ermöglicht werden?

Wie soll verhindert werden, daß die ausländischen Börsen weiter deutsche Aktien handeln und so die deutschen Aktienbesitzer an sich ziehen? Oder wie sollen die noch größeren Schäden abgewehrt werden, die daraus entstehen könnten, daß die ausländischen Börsen die deutschen Aktien von ihrem Kurszettel streichen?

Wie soll verhindert werden, daß die deutschen Sparer, welche ihr Vermögen in Aktien angelegt haben, durch Einstellung des Börsenhandels gezwungen wären, im Falle einer Kollage ihren Aktienbesitz mit großen Verlusten an Winkelspekulanten abzugeben?

Wodurch sollen die Schäden von der deutschen Industrie abgewehrt werden, welche die Folge einer Zerstörung ihrer komplizierten Verflechtung mit dem Kapitalmarkt wären? Wie sollte dieser Kapitalmarkt ohne den börsenmäßigen Effektenhandel funktionieren?

Wie könnte der vermehrte Arbeitslosigkeit gesteuert werden, die im Zuge schwieriger Kapitalbeschaffung unvermeidlich wäre?

Da wir nicht daran zweifeln, daß die Wirtschafts- und Finanzsachverständigen der Nationalsozialistischen Partei in reiflicher Überlegung aller Konsequenzen ihrer Anträge auch die Mittel und Wege vor Augen haben, um diese unseres Erachtens notwendig eintretenden lebensgefährlichen Schädigungen der gesamten Volkswirtschaft abzuwehren, würden wir es im Interesse der Öffentlichkeit für sehr wünschenswert halten, wenn diese Fragen sobald von den zuständigen Wortführern der Nationalsozialistischen Partei geklärt würden.

worden ist — einen Austausch der Schienenquote gegen Ertragsaufträge.

Gegen diese neuerlichen Bestrebungen, die großen Aufträge an Eisenbahnerbaumaterial auszuweichen mit unbestimmten, vielleicht schon nach kurzer Zeit ganz ausfallenden Privateaufträgen, muß Stellung genommen werden. Hoffentlich führen die von dem Wirtschaftsministerium geleiteten Verhandlungen zu dem Ergebnis, daß das Gußstahlwerk dem Land Sachsen erhalten bleibt.

Entlastete Reichsbank.

Rückkehr zu normalen Verhältnissen.

Der Ausweis der Reichsbank vom 7. November läßt einen sehr starken Geldrückfluß in der ersten Novemberwoche erkennen. Die gesamte Kapitalanlage der Zentralnotenbank ging um 362,0 auf 2352,5 Millionen Mark zurück, wobei die Bestände an Handelswechseln eine Verringerung um 167,1 auf 2133,7 Millionen Mark und die Lombardbestände einen Abbau um 216,5 auf 101,2 Millionen Mark erfuhr. Trotz dieser starken Lombardabdeckungen, die eine Lockerung des Geldmarktes in der ersten Novemberwoche verhinderten, muß der Bestand von 101,2 Millionen jedoch noch als außergewöhnlich hoch angesehen werden. Auch der Wechselbestand hat noch nicht die erwartete Entlastung gefunden und bleibt in Anbetracht des geringen wirtschaftlichen Beschäftigungsgrades hoch.

Diese Tatsache kommt auch in einem weiteren Devisenzugang zum Ausdruck. Der Posten „deckungsfähige Devisen“, der schon in der vorhergehenden Woche um fast 36 Millionen zugenommen hatte, weist in der Berichtwoche einen Zugang um 20,7 Millionen Mark auf. Der Abzug von Giroguthaben, der mit dem Abbau der Lombardbestände zusammenhängt, hat zu einem weiteren Rückgang des fremden Geldes um 60,4 auf 313,7 Millionen Mark geführt.

An Reichsbanknoten und Rentenbancscheinen zusammen floßen in der Berichtwoche 333,2 Millionen Mark in die Kassen der Reichsbank zurück. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 301,8 auf 4372,9 Millionen und derjenige an Rentenbancscheinen um 31,4 auf 407,0 Millionen Mark verringert. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen sind um 20,5 auf 2390,2 Millionen gestiegen. Im einzelnen ging der Goldbestand um 200 000 Mark auf 2180 Millionen Mark zurück, während ein Devisenzufluß von 20,7 auf 219,2 Millionen Mark zu verzeichnen war.

Die Deckung der Noten durch Gold allein liegt von 46,6 auf 49,9 Proz. und diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 60,9 auf 64,9 Proz.

Südafrikanischer Millionenauftrag.

Deutsche Maschinenbau A. G. baut afrikanische Stahlwerke.

Die Deutsche Maschinenbau A. G. in Duisburg hat gegen schärfste internationale Konkurrenz den Auftrag, für die maschinelle Einrichtung südafrikanischer Stahlwerke erhalten. Der Auftrag, der bis zum Jahre 1932 durchzuführen ist, hat einen Wert von 17 Millionen Mark.

Die nunmehr durchgeführte Auftragsvergabe für den Bau und die maschinelle Einrichtung von Hüttenwerken in Südafrika zeigt, daß die Südafrikanische Union jetzt allen Eifer daran setzt, ihre großen Eisenerzlager in der Gegend von Pretoria auszuheben und sich eine eigene Stahlbasis im Lande zu verschaffen. Diese Entwicklung, die dem europäischen Maschinenbau größere Aufträge bringt, wird von der europäischen Eisenindustrie allerdings weniger angenehm empfunden werden, da die Südafrikanische Union infolge der Erschließung weiter Gebietsströmen durch Eisenbahnbauten bisher zu den besten Kunden von Schienen und anderem Eisenmaterial gehörte.

Süddeutsche Kaufhäuser in Schwierigkeiten.

Das Kaufhaus S. Bronter u. Co. in Ludwigshafen hat nach dem „Konkurrenz“ seine Zahlungen eingestellt. Die Verbindlichkeiten des Unternehmens belaufen sich auf etwa 850 000 Mark, denen jedoch Aktiva von annähernd 800 000 Mark gegenüberstehen. Die tiefere Ursache dieser Zahlungseinstellung ist darin zu suchen, daß dieses Kaufhaus sich bei den in den letzten Jahren durchgeführten großen Umbauten erheblich übernommen hat. Diese Umbauten sollen allein 350 000 Mark gekostet haben. Während die Forderungen bis zu 300 Mark voll befriedigt werden sollen, wird den übrigen Gläubigern ein Vergleich von 70 Proz. vorgeschlagen.

Auch das Warenhaus Bronter u. Co. in Offenbach am Main hat seine Zahlungen überraschend eingestellt. Ueber die Höhe der Verbindlichkeiten und den Stand der Aktiven bei diesem Unternehmen sind noch keine Einzelheiten bekannt. Die Hermann Bronter A. G. in Frankfurt a. M. steht mit diesen Zahlungseinstellungen nicht in Verbindung.

Neuer Verlustabschluss bei der Sauerbrey-Maschinenfabrik. Ein Umgründungsgang von 10 Proz. ist bei der Sauerbrey-Maschinenfabrik A. G. in Stahlfurt eingeleitet. Die Gesellschaft, die hauptsächlich Maschinen und Apparate für den Schiffbau herstellt, hat also von der ohnehin guten Konjunktur nicht profitiert. Der Betriebsverlust stellt sich 1929/30 auf rund 85 500 Mark, so daß sich der Gesamtverlust auf 328 000 Mark, also auf mehr als ein Viertel des Aktienkapitals erhöht.

Stillgelegte Papierfabrik bei Hirschberg wieder eröffnet. Die im Riesengebirge gelegene Schließische Zellulose- und Papierfabrik A. G. bei Hirschberg wird ihren vor einiger Zeit wegen Auftragsmangel stillgelegten Betrieb wieder aufnehmen. Zunächst wird nur die Papierproduktion wieder aufgenommen, während die Zellulosefabrikation voraussichtlich erst im Dezember wieder einsetzt. Die Betriebseröffnung hat zunächst die Neueinstellung von etwa 100 Arbeitern zur Folge.

Industriesterven in Sachsen.

Von Oberbürgermeister Klimpel, Freital.

Immer mehr sächsische Städte und Gemeinden werden durch Stilllegungen großer Werke, welche meist jahrzehntelang Arbeitern und Angestellten Brot und Verdienst gegeben haben, finanziell und wirtschaftlich ruiniert. erinnert sei nur an Freiberg mit seinem ehemals blühenden Silberbergbau, Glashütte mit der weltbekannten Uhren- und Radeberger Glasindustrie.

Seit Anfang 1930 kämpft die Stadt Freital um die Erhaltung des größten Werkes im Plauenischen Grund, der Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen A. G.

Dieses modern ausgebaute Werk, welches noch im Frühjahr 1930 2400 Arbeiter und 270 Angestellte beschäftigte, soll nach dem Willen eines Konsortiums des Westens stillgelegt werden, obwohl der Präsident der Industrie- und Handelskammer Dresden erst kürzlich — gestützt auf sachverständige Gutachten — die Lebensfähigkeit des Unternehmens bezweifelt.

Die Hintergründe der umlängsten Stilllegung hat das „Magazin der Wirtschaft“ (6. Jahrgang, Nr. 1) zusammenfassend in dem Aufsatz „Eisenindustrielle Planwirtschaft bis 1930“ dargestellt. Der Kernpunkt jener Darlegungen ist der Satz: „Durch den Neuaufbau der deutschen Eisenverbände werden die letzten Reste freien Wettbewerbs innerhalb der deutschen Eisenwirtschaft ausgeräumt. Die Quotendifferenzen zwischen den Syndikatsmitgliedern sind beseitigt, die bisher noch bestehenden Außenleiter in die Verbände einbezogen.“

Also: der Außenleiter „Gußstahlwerk“ soll durch die Stilllegung der Kartell- und Syndikatspolitik der deutschen Eisenindustrie zum Opfer fallen. Quotenforderungen und Kartellplanwirtschaft sind die einzigen Gründe dafür, ein bedeutendes sächsisches Industrieobjekt stillzulegen, damit den sächsischen Arbeitsmarkt weiter schwer zu belasten und den leidtragenden Gemeinden neue gewaltige Fürsorgekosten aufzubürden.

Dabei entfallen nach den amtlichen Zahlen auf 1000 Einwohner am 15. August 1930 im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen 40,7, Rheinland 48,0, in Sachsen aber 81,1 Arbeitslose! Am 15. August 1930 wurden im Bezirk Westfalen auf 1000 Einwohner 3,8, Rheinland 7,6, in Sachsen aber 18,7 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge gezählt! Aus der statistischen Beilage des Reichsarbeitsblattes geht hervor, daß am 31. Juli 1930 vom Bezirk Westfalen 8,1, Rheinland 12,2, in Sachsen aber 6,6 Arbeitslose erfasst wurden, die weder Arbeitslosen- noch Krisenunterstützung erhielten.

Der Fall Döhlen ist ein neuer Beweis für die grundlegende strukturelle Umgestaltung des Industrielandes

Sachsen infolge der rückwärtslosen Produktionspolitik der Kartellinteressen, bedeutet also

neues schweres Unheil für die sächsische Wirtschaft und den sächsischen Arbeitsmarkt.

Die Folgen einer Kartell-Syndikatspolitik, welche die Produktion und die Erhaltung von Produktionsstätten ausschließlich vom geschäftlichen Standpunkte aus betrachtet, sind für die sächsische Wirtschaft und die sächsischen Gemeinden überaus verhängnisvoll. Die Gemeinden sind durch wachsende Fürsorgekosten, insbesondere für Wohnungserwerblose und Krisenunterstützte, überlastet. Auch die neuen Steuereinnahmen auf Grund der Rotverordnung sind ein durchaus unzureichender Ersatz für diese Aufwendungen. Bei den riesigen Schwierigkeiten, welche heute besonders die sächsischen Gemeinden bei der Aufstellung und Durchführung ihrer Haushaltspläne zu überwinden haben, muß jede Neubelastung der kommunalen Einnahmen vermieden werden, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Aber auch aus staatspolitischen Gründen muß alles daran gesetzt werden, dem Industrieland Sachsen weitere Betriebsstilllegungen zu ersparen.

Eine der ältesten volkswirtschaftlichen Folgen der Stilllegung der Gußstahlwerke ist z. B. die, daß die Fertigwarenindustrie Sachsens gezwungen wird, an Stelle billigen Döhlener Qualitätsstahls Stahl von auswärtig zu beziehen und dafür höhere Kosten aufzuzuwenden.

Drohende angelegene sächsische Firmen

(u. a. Seidel u. Raumann, Schnellpressenfabrik, Dolze u. Sloss, Hiltewerte, Kautzfabrik Rade, Wanderer-Werke, Wächter u. Co., Zschopauer Rotorenwerke) würden gezwungen sein, ihren Rohstoff von auswärtig zu höheren Preisen zu beziehen. Auf die Verzerrung auch der Preise des Handels und Gewerbes im Plauenischen Grund durch das Ausbleiben kaufkräftiger Kunden sei nur kurz hingewiesen.

Um das Gußstahlwerk Döhlen in Betrieb zu halten, ist die Sicherung des Schienenkontingents für Döhlen notwendig. Der deswegen geführte Kampf ist noch nicht beendet. Das Wirtschaftsministerium vertritt — in Übereinstimmung mit sämtlichen beteiligten Stellen — die Auffassung, daß auf Grund von § 23 des Staatsvertrages das Sachsen zustehende Schienenkontingent auch in Sachsen bleibt.

Der Stahlwerkverband erstrebt, nachdem die Absicht der völligen Stilllegung des Werkes Döhlen mit Erfolg durchkreuzt

Für nur 13 Pfennig 2 Teller gute Suppe

müheilos auf einfache Weise - durch kurzes Kochen mit Wasser

aus MAGGI'S Suppen-Würfeln



